

Die Zillertaler Protestanten oder Inklinanten und ihre Austreibung 1837

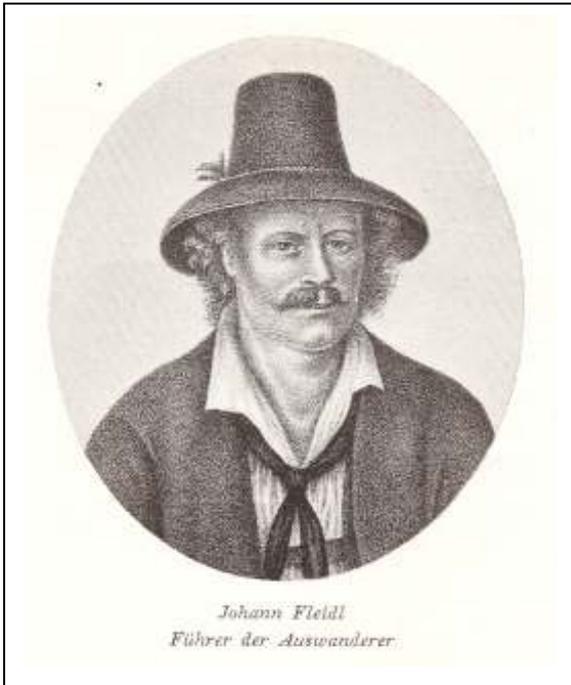
Wilfried Beimrohr

Die österreichischen Erbländer waren im ausgehenden 18. Jahrhundert ein Bollwerk des Katholizismus. Den Habsburgern, die sich als katholische Herrscher verstanden und als solche die Staatsmacht verkörperten, war es gemeinsam mit der sich einer Reform unterziehenden katholischen Kirche gelungen, den virulenten Protestantismus niederzuhalten, abzudrängen und zu unterdrücken. In der Grafschaft Tirol hatte die offensive und rabiante staatlich-kirchliche Strategie, mit der auf die Herausforderungen der Reformation reagiert wurde, von den Historikern daher als Gegenreformation bezeichnet, leichteres Spiel. Zwar sprang die Reformation um 1520 sofort auf das Land über, breitete sich aber ungleichmäßig aus; Städte und Bergbauggebiete waren anfälliger für das neue religiöse Gedankengut als ihr ländlich-bäuerliches Umfeld. Eine ernsthafte Gefahr, dass die Grafschaft Tirol religiös kippen könnte, bestand im 16. Jahrhundert, das im Zeichen dieses Glaubenskampfes stand, trotzdem nicht. Eine stärkere Massenbewegung als etwa die Potestanten lutherischer Provenienz, die sich zur reichsrechtlich anerkannten Konfession entwickelten, womit in katholischen Territorien zumindest der Schutz von Leib, Leben und Vermögen ihrer Anhänger garantiert war, waren in Tirol die Täufer. Da die Täufer, die zeitgenössische Feindbezeichnung war Widertäufer, als religiöse und politische Radikale angesehen wurden, letztlich als Staatsfeinde, wurden sie gnadenlos verfolgt. Und zwar erfolgreich, denn für Täufer, die sich nicht bekehren lassen wollten, gab es nur eine Alternative: Flucht oder Tod. Unter dem Vorwand der „Ketzerbekämpfung“, der sich in erster Linie gegen die Täufer richtete und eine massive Drohung für Leib und Leben war, war es kein großes Problem, so nebenbei auch dem Protestantismus den Garaus zu machen. Im katholischen Verständnis war die Grafschaft Tirol bereits im 17. Jahrhundert ein religiös befriedetes Land. Zum Zwangsmittel, religiöse Minderheiten kollektiv außer Landes zu vertreiben, musste erst gar nicht gegriffen werden.

Die katholische Reform mit ihrem reichen Angebot an Kultus und ihrer die Sinne ansprechenden religiösen Praxis, die zugleich kontrolliert und überprüft wurde, sollte im 17. und 18. Jahrhundert Tirol tief prägen. In dieser Zeit wurzelt die katholische Volksfrömmigkeit, die in ihrer spätmittelalterliche Gestalt im 16. Jahrhundert durch die Reformation verunsichert und beschädigt worden war. Die vielen barockisierten Kirchen, die zahllosen Kapellen, Bildstöcke, Kreuzgänge, Prozessionen und Bittgänge, auch die wieder belebten Passionsspiele sind bis heute die Zeugen katholischen Anstrengungen in dieser Zeit. Das von Staat und Kirche geförderte Selbstverständnis und Selbstbewusstsein, in Tirol leben ausschließlich Katholiken, wandelte sich, sobald es herausgefordert und in Zweifel gestellt wurde, zu einem gefährlichen ideologischen Konstrukt „Glaubenseinheit“. Und eine solche katholische Identität, die jede andere ausschloss, war des inneren Friedens wegen unbedingt zu bewahren.

Stein des Anstoßes, und über den wollte man in Tirol ungern stolpern, war das von Kaiser Joseph II. 1781 erlassene Toleranzpatent. Es galt für die Angehörigen des Augsburgers und des Helvetischen Bekenntnisses, kurz Lutheraner und Calviner, sowie für die orthodoxen Christen. Diesen wurde zugestanden, ihren Glauben offen zu leben, sie wurden entkriminalisiert und ihnen die selben bürgerlichen Rechte eingeräumt wie den Katholiken. Ab einer bestimmten Größe, 100 Familien, durften sie eigene Kirchengemeinden bilden und Bethäuser errichten, die allerdings ohne Kirchtürme und Glocken sowie straßenseitige Zugänge auskommen mussten. Das war, gemessen an bisheriger Praxis und Theorie, ein großer Schritt in Richtung Gewissensfreiheit und freier Religionsausübung. Eine rechtliche Gleichstellung dieser drei gleichsam staatlich anerkannten christlichen Konfessionen mit der katholischen Kirche war damit keineswegs ausgesprochen. Das Echo auf die Toleranzgesetzgebung des Kaisers, die dann auch die Juden einbezog, war zwiespältig. Während der damalige Salzburger

Erzbischof, dessen Diözese sich auf das nordöstliche Tirol erstreckte, sie begrüßte, wurde sie von seinem Brixner Amtskollegen vehement kritisiert. Die Tiroler Landstände opponierten gegen das Toleranzpatent, sie hielten es für das Land, dessen Verfassung auf der katholischen Religion basiere und in dem ohnedies keine Protestanten lebten, für „*sehr bedenklich, beschwerlich und nachteilig*“. Angesichts dieser feindlichen Stimmung nimmt es nicht wunder, dass sich kaum ein Protestant getraute sich offen zu seiner Konfession zu bekennen. Bayern verdanken wir die erste verlässliche Religionsstatistik. Dessen Innkreis, der zwar nicht ganz Tirol, aber große Teile in Nord, dort unter Einbeziehung des Zillertals, und Süd umfasste, zählte 1811/12 284.627 Einwohner. Davon waren 94 Protestanten (davon 80 allein in Innsbruck) und 31 Juden, alles andere waren Katholiken.



Tirol hatte in der Praxis kein Protestantenproblem. Anders lagen die Verhältnisse beim östlichen Nachbarn, dem Hochstift Salzburg, das der Erzbischof als Landesfürst regierte. Trotz gegenreformatorischen Eifers hielt sich dort der Protestantismus, im Geheimen, im Untergrund, aber auf breiter Basis, vor allem im Pongau und im Pinzgau. Die Erzbischöfe wussten sich seiner nur mehr mit Vertreibungen großen Stils zu erwehren. Verdächtige Personen hatten nur die Option, sich als Katholiken zu bekennen oder mit Sack und Pack auszuwandern. Die spektakulärsten und größten Austreibungen von Protestanten datieren aus den Jahren 1684/85 und 1731/32. 1684/85 mussten rund 800 Personen aus dem Defereggental, einem abgelegenen osttirolischen Seitental, das damals staatlich größtenteils zu Salzburg gehörte, ihre Heimat aus Glaubensgründen in Richtung Süddeutschland verlassen. Alles in den Schatten

stellte die Auswanderungswelle der Jahre 1731/32. Das unsensible Vorgehen der Jesuiten, die vom Erzbischof mit der Volksmission beauftragt worden waren, löste Proteste aus, Tausende von Salzburgern forderten die freie Ausübung des evangelischen Kultus oder die ungehinderte Auswanderung. Der Erzbischof reagierte mit dem Emigrationspatent vom Oktober 1731, das die Ausweisung der Protestanten vorschrieb, die hauptsächlich im Pongau und im Pinzgau lebten. An die 20.000 Männer, Frauen und Kinder sollen sich damals als „Exulanten“ auf den Weg in eine neue Heimat gemacht haben, die sie meist, einer Einladung des Königs von Preußen folgend, in Ostpreußen und Preußisch-Litauen fanden. Die häufig kolportierte Zahl von 20.000 Exulanten oder Glaubensflüchtlingen ist in der Forschung mehr als umstritten, realistischer ist, dass von dieser erzwungenen Auswanderung rund 10.000 Personen betroffen waren.

Warum ausgerechnet im Zillertal im frühen 19. Jahrhundert scharenweise Protestanten und sonst nirgendwo in Tirol auftauchen, diese sich aufdrängende Frage lässt sich nicht einfach beantworten. Auf jeden Fall ist da Salzburg irgendwie mit im Spiel. Das Zillertal grenzt an den Pinzgau, zwischen beiden Tälern herrschte ein reger Austausch, und der Pinzgau war ein protestantisch kontaminiertes Gebiet. Aber ganz so einfach liegen die Dinge nicht mit der protestantischen „Achse“ Pinzgau und Zillertal, denn von der der Austreibungsaktion 1731/32 war das Zillertal seltsamer Weise nicht betroffen. Salzburg war ein politischer und kirchlicher Machtfaktor in Zillertal, aber nicht der einzige auf weiter Flur. Der Ziller ist eine „nasse“ kirchliche Grenze, der seit dem Frühmittelalter bis heute die Bistümer Salzburg und Brixen bzw. Tirol voneinander scheidet. Das Gebiet rechts des Ziller gehörte kirchlich zur Erzdiözese Salzburg,

das Gebiet links des Flusses zur Diözese Brixen (heute Diözese Innsbruck). Politisch oder staatlich war die Lage verzwickter. Ein Großteil des Zillertals zählte staatlich zum Hochstift Salzburg. Am Taleingang gehörten Bruck (Landgericht Rattenberg), Strass und Schlitters (Landgericht Rottenburg) zur Grafschaft Tirol. Weiters war Tirol mit zwei kleinen Enklaven im mittleren Talabschnitt vertreten. Das war einerseits die einen eigenen Gerichtsbezirk bildende Hofmark Stumm (Stumm, Stummerberg), andererseits waren es das Gebiete um Uderns und Ried, die dem tirolischen Landgericht Rottenburg unterstanden. Alle anderen hier nicht erwähnten Orte und Gemeinden waren salzburgisch und wurden von den beiden Pfliegergerichten Zell und Fügen verwaltet.

Das Zillertal hatte um 1780 (und um 1830 werden es nicht viel mehr sein) rund 17.000 Bewohner, davon waren 3.000 tirolische und 14.000 salzburgische Untertanen. Kirchlich waren die Proportionen etwas anders verteilt: Um 1830 zählte die Erzdiözese Salzburg im Zillertal 8.114 und die Diözese Brixen 8.985 „Seelen“. Die salzburgischen Territorien im Zillertal wurden 1810 unter Bayern zum Innkreis geschlagen und 1816, als Bayern Österreich das Land Salzburg übergeben musste, von Salzburg abgetrennt und der Grafschaft Tirol überlassen. Dieses administrative Gemenge, zwei Länder, zwei Diözesen, wobei sich staatliche Hoheitsgebiete und die Diözesansprengel nicht deckten, erschwerten ein koordiniertes Vorgehen gegen die Protestanten. Jedenfalls handelte sich die Grafschaft Tirol, die sich stolz im Glanze ihrer katholischen Glaubenseinheit sonnte, mit dem Zillertal, wie sich bald nach 1816 zeigen wird, ein Protestantenproblem ein.

Bei solch kleinen und isoliert in katholischen Gebieten sich haltenden Glaubensinseln, wie es die Zillertaler und Deferegger Protestanten waren, erhebt sich die Frage nach dem Alter eines im Verborgenen praktizierten Protestantismus, dieses „Geheimprotestantismus“. Ging er auf das 16. Jahrhundert zurück, in dem allenthalben den „neuen“ Lehren die Anhänger zuliefen und das katholische Glaubensmonopol unterminiert



wurde? Oder wurden diese religiösen Überzeugungen und Ideen erst später aus protestantischen Ländern eingeschleppt, wobei besonders der überregionale Wanderhandel unter Verdacht stand? Der Zillertaler Protestantismus, die wenigen Nachrichten legen das nahe, wurzelt im 16. Jahrhundert und ist damit eine durchaus autochthone Erscheinung, was nicht ausschließt, dass er vom Pinzgau zusätzlich gespeist wurde. (Der Pinzgau, das Zillertal, das Ahrntal und das Defereggental, jeweils geographisch zusammenhängend, bilden eine auffällige Zone des Geheimprotestantismus.) Da wegen der zu erwartenden Pressionen der Glaube nicht offen gelebt werden konnte, nach außen gaben sich alle als brave Katholiken, lässt sich die Stärke dieser protestantischen Strömungen nicht seriös abschätzen. Sicher gab es da ein Auf und Ab, ein Zunehmen und Abnehmen. Verborgenen, auch wenn auf Renitenz verzichtet wurde, blieben sie den Ortsgeistlichen, geschweige den katholischen Nachbarn keineswegs. So berichtete 1674 der Pfarrvikar von Mairhofen nach Salzburg, dass „fast alle bis auf etliche Wenige mit der Lehre Luthers befleckt seien“. Keine hundert Jahre später, 1769, zeigte der Kurat von Hippach dem Konsistorium in Salzburg an, nicht nur in seiner Gemeinde, auch in anderen Orten des Zillertals hingen viele der lutherischen Lehre an. Sie leugneten katholische Grundsätze, meinte der Priester: „Es sei kein

Fegefeuer ..., die Anrufung der Heiligen sei eitel, Maria sei nicht besser als ein anderes Weib, die Beichte und die Messe seien unnütz“. Dass diese Klagen über unkatholische Umtriebigkeiten aus Orten wie Mairhofen und Hippach stammen, ist kein Zufall. Fünf, sechs Jahrzehnte trat es ans Tageslicht, dass über mehr als zwei Jahrhunderte hinweg im hinteren Zillertal, in einem konzentrischen Umkreis weniger Gemeinden, ein protestantisches Netzwerk gesponnen worden.

Durch den überregionalen Hausierer- und Wanderhandel, ein wirtschaftliches Phänomen, das dem Zillertal wie dem Defereggental eigen war, ist der Protestantismus sicher nicht eingesickert, denn entstanden ist dieser Wanderhandel frühestens im späten 17. Jahrhundert, als die Deferegger Protestanten bereits vertrieben waren und im Zillertal längst der Protestantismus grassierte. Das Aufkommen dieses Wanderhandels sowie der landwirtschaftlichen Saisonarbeit der Zillertaler im Inntal und bis weit nach Bayern hinaus, ist ein deutlicher Hinweis, dass das Tal in Anbetracht sich erschöpfender landwirtschaftlicher Ressourcen und Kapazitäten überbevölkert gewesen ist. Die Menschen waren gezwungen sich nach neuen Erwerbsquellen umschauen, die sie über Monate und zum Teil weit in das Ausland führten. (Eine ständige Abwanderung, die zu beachtlichen Bevölkerungsverlusten führt, verzeichnete das Zillertal wie viele anderen ländlichen Regionen Tirols erst im 19. Jahrhundert.) Der Wanderhandel brachte den Zillertalern Geld, durch ihn gewannen sie eine gewisse Weltläufigkeit, der Wanderhandel ermöglichte es, im Ausland Kontakte zu knüpfen und zu pflegen und vor allem protestantische Bibeln und allerlei religiöse Erbbauungsliteratur einzuschmuggeln, die wiederum die katholische Obrigkeit bei Hausdurchsuchungen zu konfiszieren trachtete.



Auszug der Protestanten aus ihrer Zillertaler Heimat. Illustration aus der Zeitschrift *Der Scherer*, 1900.

Nach den Turbulenzen der napoleonischen Zeit war es mit der Tarnen und Täuschen, dem Verstecken und den stillen Arrangements zwischen Katholiken und Protestanten im Tal vorbei. Die Vorzeichen schienen harmlos zu sein: In den späten 1820er Jahren begehrten eine Handvoll Männer aus der katholischen Kirche auszutreten, um den protestantischen Glauben annehmen zu können. Die

Anführer und „Häuptlinge“ waren schnell ausgemacht: Bartlmä Heim, ein Bauer und Familienvater aus Hollenzen (Gemeinde Mayrhofen), von dem der Salzburger Erzbischof sagte, dass „*er in jeder freien Arbeitsstunde vor seiner Bibel und anderen lutherischen Büchern*“ sitze. Und Johann Fleidl, unverheirateter Gutsbesitzersohn aus dem Weiler Bichl (Gemeinde Ramsberg, heute Ramsau); ihn brandmarkte der Zeller Dekan als den „*Hauptpastor und Proselytenmacher der Zeller Renitenten*“. (Unter Proselytenmachen war das gesetzlich verbotene Abwerben von Katholiken zu verstehen.) Anzeigen und Verurteilungen wegen Religionsstörung häuften sich.

Zur konzertierten Aktion kam es Ende Juni 1832. Johann Fleidl, Bartläme Heim und Christian Brugger wandten sich in ihrem und im Namen von ungefähr 240 Personen mit einem Bittgesuch an Kaiser Franz I. In diesem brillant formulierten Schreiben, das aus der Feder eines professionellen und versierten Autors geflossen sein muss, bekennen sie sich zur evangelischen Kirche Augsburgers Bekenntnis, ein Glaube, den seit Jahrhunderten sie und ihre Vorfahren angingen, wenn auch im Geheimen der

Verfolgungen wegen. Jetzt aber wollen sie ihn offen bekennen, „weil die Gnade Euer Majestät das Dulden von verschiedenen christlichen Glaubensbekenntnissen auch in Tirol zum Gesetze erhoben hatte“, womit indirekt das Toleranzpatent von 1781 angesprochen wird. Alles was sie wollen, ist ungehindert ihren ererbten Glauben im Familienkreise praktizieren zu können, sie bitten lediglich um die Freiheit ihres Gewissens; es liege ihnen fern, ihrem Glauben neue Anhänger zu verschaffen. Die Restriktionen, denen sie in Heiraten und Rechtsgeschäften unterliegen, sollen aufhören. Um einen Pastor zu besolden und eine Kirche zu bauen, seien sie zu arm. Es solle aber gestattet werden, dass jährlich einmal ein Pastor aus einer anderen österreichischen Provinz anreisen dürfe, mit dem sie gemeinsam das heilige Abendmahl feiern können.

Einer kleinen Abordnung gelang es sogar, als Kaiser Franz im Sommer 1832 in Innsbruck weilte, bei ihm eine Audienz zu erwirken. Was dabei gesprochen und versprochen wurde, darüber gingen später die Meinungen auseinander. Wollte der Kaiser das Ansinnen lediglich prüfen oder doch „wohlwollend“ prüfen lassen?

Mit ihrer Petition säten die Bittsteller Wind und ernteten Sturm. Sofort keimte der Verdacht auf, die Bittsteller seien auf die Gründung einer protestantischen Gemeinde aus, und das galt es unter allen Umständen zu verhindern. Widerstand leisteten wie zu erwarten die für das Zillertal zuständigen Bischöfen von Brixen und Salzburg, die Scharfmacher rekrutierten sich vor allem aus den politischen Eliten des Landes, soweit sie durch die Landstände repräsentiert wurden. Im Ausschusskongress der Tiroler Landschaft, dem sogleich ein Majestätsgesuch von politischen Vertretern aus dem Unterinntal vorlag, worin zum Schutz der katholischen Religion gebeten wurde, das Gesuch der Zillertaler Protestanten abzulehnen, wurde jene hinterhältige Argumentation ausgearbeitet, die diesen zum Verhängnis werden sollte. Nachdem klar war, auch das war angezweifelt worden, dass das Toleranzpatent in Tirol geltendes Gesetz war, wurde argumentiert, dass es sich bei den Zillertalern Gesuchstellern keineswegs um Lutheraner, um Angehörige der evangelischen Kirche Augsburgischer Bekenntnis handle, sie seien lediglich zum Protestantismus neigende Personen, „Inklinanten“ eben, im Grunde protestantische Sektierer, und diese stünden ja nicht unter dem Schutz des Toleranzpatents. Durch den Trick, ihnen den Status abzuspochen, Angehörige einer „tolerierten“ Konfession, der evangelischen Kirche AB, zu sein, sie vielmehr böswillig zu Inklinanten zu stempeln, einer eleganteren Umschreibung für Sektierer, sollte das Toleranzpatent unterlaufen werden.

Und so geschah es auch. 1833 verabschiedete der Ausschusskongress ein Dreipunkteprogramm, in dem gefordert wurde, den „Sektierern“ zu verbieten, einen „Tempel“ zu errichten, ihnen den Ankauf von Liegenschaften zu untersagen sowie alle Personen, die ihre religiöse Freiheit dazu nützten, die katholische Religion zu verleumden und herabzuwürdigen und rechtsgläubige Katholiken abspenstig zu machen, aus dem

Land zu entfernen und in Gebiete umsiedeln zu lassen, wo bereits akatholische Gemeinden (nichtkatholische Kirchengemeinden) bestehen. Die Stimmung im Land war aufgeheizt und alles andere als empfänglich für das Anliegen der Protestanten, dieser „verrückten Theologen im Bauernkittel“, wie sie herablassend Landesgouverneur Wilcek nannte.



Einzug der Zillertaler in Ober-Schmiedeberg in Schlesien (nach einer zeitgenössischen Lithographie).

Angesichts solch massiver Frontstellung und Mobilisierung beugte sich Wien den Tiroler Wünschen und sanktionierte damit einen Rechtsbruch. Es siegte die Staatsräson, weil in der Einheit des Glaubens auch ein Garant für die Einheit des Staates gesehen wurde und deshalb wurde die Toleranz hintangestellt. Das kaiserliche Dekret vom 2. April 1834 ordnete unmissverständlich an: Die Bittsteller dürfen, wenn sie in Tirol bleiben wollen, nicht aus der katholischen Kirche austreten, und daher ist es ihnen auch nicht gestattet eine eigene religiöse Gemeinde zu bilden. Jenen von ihnen, die den katholischen Glauben nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, steht es frei in andere österreichische Provinzen zu übersiedeln, wo bereits akatholische Gemeinden existieren.

Da das kaiserliche Edikt die wichtigste Frage, wie die in dieser heiklen Angelegenheit gefällte Entscheidung konkret zu exekutieren sei, offen ließ, war nur Zeit gewonnen. Die Protestanten, die sich in der falschen Hoffnung wogen, die Entscheidung des Kaisers sei ein Missverständnis, präzisierten und verschärften ihre Forderungen. In einer Punktation vom Juli 1834, die sie aber nicht wie gewünscht dem Kaiser persönlich vorlegen durften, bestanden sie nun auf der Bildung einer „akatholischen“ Kirchengemeinde im Zillertal mit eigenem Pastor und Schullehrer. Ihre Gegner versuchten hingegen mit guten Worten und mit Druck, mit Zuckerbrot und Peitsche, die ihrer Ansicht nach verirrt Seelen zu bekehren. Diese zeigten sich trotzdem unvermutet hartnäckig, überzeugt und selbstbewusst, und es wurde immer offensichtlicher, dass sich diese protestantische Bewegung zwar auf einige Gemeinden im hinteren Zillertal konzentrierte und beschränkte, aber doch mehr Köpfe und Sympathisanten zählte als bisher angenommen.

Angesichts dieser Tatsachen drängte man in Tirol darauf, den vielen Worten und Schriftwechseln endlich Taten folgen zu lassen. 1836 beschloss der Ausschusskongress der Tiroler Landstände, den Kaiser zu bitten, das Dekret vom 2. April 1834 schleunigst vollziehen zu lassen. Diesem Ersuchen wurde mit kaiserlichem Dekret vom 12. Jänner 1837 nachgekommen. Darin bestätigte Kaiser Ferdinand I. die Verfügung seines Vaters und Amtsvorgängers und gab genaue Anweisungen, wie diese zu vollziehen sei: Nach örtlicher Kundmachung vorliegendes Dekret haben binnen zwei Wochen jene „Sektierer“, welche die katholische Kirche verlassen wollen, vor dem Landgericht ihren Austritt zu erklären. Die damit formell Ausgetretenen haben das Tirol zu verlassen und zwar können sie entweder in eine andere österreichische Provinz, wo Gemeinden ihres Glaubens existieren, übersiedeln oder in das Ausland auswandern. Den Übersiedlern, die sich zusätzlich vorher einem sechswöchigen Religionsunterricht unterziehen müssen, wie den Auswanderer wird für die Abwanderung eine Frist von vier Monaten eingeräumt.

Vor die unausweichliche Wahl gestellt, katholisch zu bleiben oder das Land verlassen zu müssen, entschieden sich überraschend viele Personen für den Austritt aus der katholischen Kirche und vor allem für die Auswanderung. Im April 1837 waren es samt Kindern 401 Personen, wovon lediglich 8 in andere österreichische Länder übersiedeln wollten. Ihre Zahl sollte sich noch leicht erhöhen auf 427, 416 „Auswanderer“ und 11 „Übersiedler“. Dieser Personenkreis rekrutierte sich aus den salzburgischen Seelsorgen Zell (hier waren aber ausschließlich die Ortschaften oder Gemeinden Hainzenberg und Ramsau vertreten), Mayrhofen und Brandberg sowie den brixnerischen Seelsorgen Hippach (zur der auch die Gemeinde Schwendau gehörte) und Finkenberg. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war Brandberg die am stärksten unterschichtete protestantische Gemeinde.

Das irritierende Ergebnis, ein verständliches Misstrauensvotum gegen Österreich, warf ein weiteres Problem auf. Wohin, in welches Ausland, mit den vielen Zillertalern? Österreich, dem sehr daran gelegen war, jedes öffentliche Aufsehen im In- wie Ausland zu vermeiden, dürfte über stille diplomatische Kanäle vorgearbeitet haben und sich mit Preußen einig geworden sein. Als Sprecher und Bevollmächtigter seiner Glaubensgenossen steuerte Johann Fleidl im Mai direkt Berlin an, wo er eine für den König bestimmte Bittschrift einreichte. Hierin wurde der König ersucht, dass die „Tyroler aus dem Zillerthale“ sich

geschlossen auf preußischem Staatsgebiet ansiedeln dürfen, möglichst in einer Region, deren landwirtschaftlichen Verhältnisse dem Alpenland ähnlich sind. *„Ackerbau und Viehzucht waren unsere Beschäftigung. Beiläufig zwei Drittel von uns haben Besitz, ein Drittel nährt sich vom Arbeitslohn, blos 18 sind Gewerbsleute...“* Preußen signalisierte Einverständnis, entsandte aber einen Hofkommissär nach Tirol, beauftragt sich rasch umzusehen und zu erkundigen, denn irgendwelche religiösen oder gar politischen Wirtköpfe wollte sich Preußen nicht ins Land holen. Bereits Ende Juli konnte der in München akkreditierte preußische Gesandte den Zillertalern die feste Zusage machen, dass ihnen erlaubt werde, sich in Preußen niederzulassen.

Zwischen dem 31. August und dem 4. September 1837 verließen vier Auswanderertrucks das Zillertal, um sich auf den langen Weg nach Preußen zu machen. Am 5. September berichtete der Landrichter von Zell nach Innsbruck: *„Der Auszug aller übrigen, nahezu aus 400 Köpfen bestehenden Inclinanten ging ganz geräuschlos und mit der innigsten Theilnahme der zurückbleibenden Bevölkerung vor sich. Es war ein herzergreifender Anblick, dieser Auszug – Leute zu Fuss, zu Wagen und an Karren vorgespannt und nachschiebend. Auf den Wägen sassen und lagen alte Männer, Weiber und Mütter, umgeben von Kindern verschiedenen Alters und Geschlechts. Man vergaß jeden Altersunterschied, erkannte in den Scheidenden nur solche Leute, mit welchen man aufgewachsen, in vielfältiger Berührung, Bekanntschaft und Verwandtschaft gestanden war. Mit Thränen drückte man sich die Hände und sagte sich schluchzend und wehmuthvoll: Lebewohl.“* In diesen Tage des Scheidens, so der Landrichter, habe in der ganzen Bevölkerung ein düstere und wehmütige Stimmung geherrscht, aber – so beeilte er sich hinzuzufügen – Groll und Missmut habe es nicht gegeben, viele Auswanderer hätten es sich nicht nehmen lassen, sich von ihm persönlich zu verabschieden. Wohl in der Haut war dem Beamten nicht: *„Die ganze Massregel ist sonach als ausgeführt zu betrachten und sie wird wohl nie mehr wiederkehren. Der ergreifenden Scenen und Auftritte kamen so viele vor, dass ich mir nicht mehr so viel Kraft zutraue, um ähnliche Geschäfte nochmal durchzuführen.“* Der Weg führte die Zillertaler Protestanten in das preußische Niederschlesien, wo sie sich in Erdmannsdorf niederließen, das später den Doppelnamen Zillerthal-Erdmannsdorf annahm. Der Ort, der heute Myslakowice heißt, gehört seit 1945 zu Polen.

Literaturhinweise:

Über die Zillertaler Protestanten, die 1837 Tirol verlassen mussten, ist seit 1838 (!) viel publiziert worden, wobei lange Zeit bei den meisten Autoren die konfessionelle Haltung durchschimmert. Hier seien daher nur zwei grundlegende, die zeitgenössischen amtlichen Akten auswertende Arbeiten angeführt: Gustav von Gasteiger: Die Zillerthaler Protestanten und ihre Ausweisung aus Tirol. Meran 1892; Ekkart Sauser: Die Zillertaler Inklinanten und ihre Ausweisung im Jahre 1837 (Schlern-Schriften 198). Innsbruck 1959. Leider wird letztere Publikation, eine theologische Dissertation, die reichliches Quellenmaterial aus staatlichen und kirchlichen Archiven heranzieht, durch mangelnde Objektivität oder katholische Parteinahme entwertet. Allen Ernstes resümiert Sauser, „daß die Ausweisung dieser Inklinanten nicht ein Akt der Intoleranz, sondern eine Notmaßnahme bedeutete“.